



Antrag K 1

Antragsteller: Junge Gruppe

Betrifft: Liegenschaften zu Wohnheimen umbauen

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass Bestehende, durch den Bund genutzte oder nutzbare Liegenschaften ausgebaut, modernisiert und zur Unterkunft von Polizeivollzugsbeamten des Bundes in Form von Wohnheimen bereitgestellt werden. Perspektivisch sollte zudem ein Ankauf weiterer Immobilien zur Wohnheimnutzung mit Schwerpunkt an den Großdienststellen erfolgen.

Begründung:

Der Bund und seine Bundesanstalt für Immobilienaufgaben haben insbesondere in den Regionen mit Wohnraumknappheit mehr und mehr Liegenschaften im Besitz des Bundes veräußert. Längst hätte man bestehende Immobilien in Wohnheime umbauen können. Sowohl Personal das neu zuläuft als auch Stammkräfte könnten diese Kapazitäten nutzen. Die Wohnraumpreise sind horrend und der Mehrbedarf an Polizisten in diesen Regionen ist unumgänglich. Um die Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten, muss der Bund hier tätig werden und Wohnheime schaffen. Die Kolleginnen und Kollegen können sich hier schlicht keine Zukunft leisten. Und Sicherheit kann sich keine Tagespendler leisten.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Annahme in geänderter Fassung: ..., dass durch den Bund genutzte oder nutzbare Liegenschaften ausgebaut, modernisiert und zur Unterkunft von Beschäftigten des Bundes in Form von Wohnheimen bereitgestellt werden. Perspektivisch sollte zudem ein Ankauf weiterer Immobilien zur Wohnheimnutzung mit Schwerpunkt an den Großdienststellen erfolgen.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 2

Antragsteller: Junge Gruppe

Betrifft: Mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass das Bundesinnenministerium sowie das Bundesfinanzministerium für Bundesbeamte in den Ballungsräumen mehr bezahlbaren Wohnraum (Bundesdarlehenswohnungen) zur Verfügung stellen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

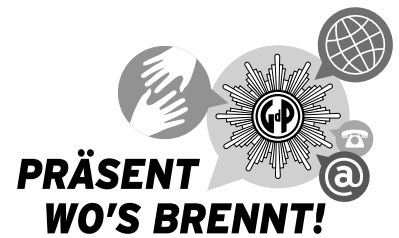
Annahme in der Fassung ..., dass das Bundesinnenministerium sowie das Bundesfinanzministerium für Beschäftigte des Bundes in den Ballungsräumen mehr bezahlbaren Wohnraum (Bundesdarlehenswohnungen) zur Verfügung stellen.

Begründung:

Schwerpunktdienststellen, sowohl der Bundespolizei, als auch der Zollverwaltung befinden sich in den großen Ballungsräumen. Flughafen München, Flughafen Frankfurt, Köln-Bonn, Hamburg sind Metropolregionen, in denen in den vergangenen Jahren die Mietpreise auf dem freien Markt sehr stark angezogen haben.

Neuvermietung mit Preisen von z.T. über 1000 Euro sind leider nicht mehr die Seltenheit, sondern eher die Regel. Laufbahnabsolventen des mittleren Dienstes (beim Zoll mit A6) bzw. A7 oder im gehobenen Dienst mit A9 müssen einen Großteil ihrer Besoldung für Miete aufbringen. Das schreckt viele junge Kollegen davon ab, Dienst an Schwerpunktdienststellen zu machen bzw. sich dort im Rahmen von Stellenausschreibungen dort hin zu bewegen. Günstige Bundesdarlehenswohnungen wurden in den letzten Jahren verkauft, um dem Staatshaushalt Einnahmen zu bringen. Dies muss aufhören und die BIMA wieder eine große Anzahl an Wohnungen ankaufen und diese vorhalten. Nur so können die Schwerpunktdienststellen wieder attraktiv werden und junge Beamte dort wieder für sich gewinnen.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 3

Antragsteller: Junge Gruppe

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme

Betrifft: Bessere Bedingungen für Unterbringungsmöglichkeiten

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GBV dafür einsetzt, dass die Bedingungen für Unterbringungsmöglichkeiten innerhalb der BPOL verbessert werden.

Begründung:

Ggf. mündlich

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 4

Antragsteller: DG Bundesbereitschaftspolizei

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme

Betrifft: Ausbau der Liegenschaften im Direktionsbereich BP und Bau von Unterkunftswohngebäuden

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass der Bezirksvorstand sich dafür einsetzt, dass es zu einem schnellen Ausbau aller Liegenschaften im Direktionsbereich Bundesbereitschaftspolizei kommt und die Einrichtung von Unterkunftswohngebäuden in oder in der Nähe der Abteilungen (soweit noch nicht vorhanden) vorangetrieben wird.

Begründung:

In einigen Bundespolizeiabteilungen, beispielsweise in Bad Dübren, besteht seit vielen Jahren (teilweise seit 2008) die Problematik, dass die vorhandenen Gebäudemöglichkeiten nicht genutzt werden können. Dadurch fehlen den Abteilungen dringend notwendige Unterbringungsmöglichkeiten, Bereitschaftsbetten, Ausbildungs- und Fortbildungsstätten, Lagerräume u.v.m.

Vereinzelte Liegenschaften der Direktion BP verfügen über sogenannte Unterkunftswohngebäude. In anderen Liegenschaften wurden diese Unterbringungsmöglichkeiten noch nicht geschaffen, obwohl leerstehende Gebäude für einen Um- oder Ausbau geeignet wären oder Flächen für Neubauten vorhanden sind. Gerade die angespannte Raumsituation (Unterbringung der Anwärter im 2. Dienstjahr, Abordnungen u.a. nach Bestehen LmPVD, EAV's u.a. BFHu, ausgelagerte Lehrgänge, Verwendungen im Rahmen des PEK etc.) haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Wohnheime nicht nur sinnvoll wären, sondern dringend gebraucht werden.

Viele Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei haben ihren Lebensmittelpunkt nicht in der unmittelbaren Umgebung der Bundespolizeiabteilungen und sind nach der Ausbildung und insbesondere in ihrer Erstverwendung finanziell nicht in der Lage sich eine Zweitwohnung/Zimmer in der Nähe der Dienststelle anzumieten. Anderer Lebensmittelpunkt, schulpflichtige Kinder, berufstätige Frau (Teilzeit), pflegebedürftige Eltern und vieles mehr können ausschlaggebend sein, nicht an den Dienort ziehen zu wollen bzw. zu können. Die Wohnheime würden gerade die finanziell nicht so starken KollegInnen entlasten. Auch die Unterbringung von Lehrgängen etc. wäre möglich und würde die Attraktivität der BPOLD BP fördern.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 5

Antragsteller: DG Berlin Brandenburg

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme

Betrifft: Aufnahme von Trainingsstätten für Polizeitraining und KLE-Fortbildung in das Raumprogramm der Bundespolizei

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass Trainingsstätten für Polizeitraining und KLE-Fortbildung in das Raumprogramm der Bundespolizei aufgenommen werden.

Begründung:

Wer ein dem Polizeieinsatz nahes Polizeitraining und KLE-Fortbildung will, muss die dafür erforderlichen und geeigneten Trainingsstätten zur Verfügung stellen. Deshalb ist die Aufnahme von Trainingsstätten für Polizeitraining und KLE-Fortbildung in die Raumprogramme der Bundespolizeibehörden unerlässlich.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 6

Antragsteller: Junge GRUPPE

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Ablehnung

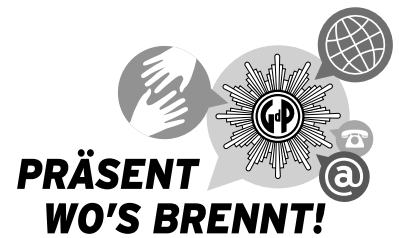
Betrifft: Reviere der BPOLI Passau mit großem RSG und Schutzschild für den Zellenbereich ausstatten

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass die Reviere der BPOLI Passau sowie auch andere Bundespolizeireviere mit mehreren großen RSG und Schutzschild für den Zellenbereich ausgestattet werden können.

Begründung:

Im Rahmen von diversen Sportveranstaltungen (Eishockey EV Landshut, Fußball u.v.m.) und dem „normalen“ Einsatzgeschehen kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit eingesetzten PVB des Regeldienstes. Um die Verletzungsgefahr, besonders auch im Zellenbereich zu minimieren, wird ein Schutz-/Räumschild auf jedem Revier zwingend benötigt. Außerdem wären für Massenprobleme größere RS notwendig, welche sich auf den jeweiligen Wache befinden.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 7

Antragsteller: Junge GRUPPE

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme als Arbeitsmaterial zu B 1

Betrifft: Vergrößerung Räumlichkeiten BPOL

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GBV dafür einsetzt, dass sich der Bezirksjugendvorstand dafür einsetzt, dass die Räumlichkeiten der BPOL vergrößert und renoviert werden.

Begründung:

Ggf. mündlich

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 8

Antragsteller: Junge GRUPPE

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme

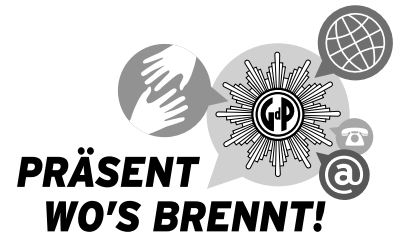
Betrifft: W-Lan Ausstattung

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GBV dafür einsetzt, dass flächendeckendes W-Lan und Breitbandinternet in allen Dienststellen in der Bundespolizei und Zollverwaltung vorhanden ist.

Begründung:

Es ist unabdingbar, den Prozess der Digitalisierung auch in der Bundespolizei voranzutreiben. Natürlich immer mit dem Augenmerk auf die Sicherheitsaspekte. Insbesondere in der Aus- und Fortbildung kann eine Digitalisierung Ressourcen freisetzen. Cloudbasierte Lerninhalte und Fortbildungsprodukte als E-Learning sind Normalität. So können Präsenzphasen bei Aus- und Fortbildung reduziert werden und Personal wird entlastet. Außerdem wäre es ein Schritt Richtung Fernstudiengang beim Aufstieg für den mD und gD, der zu etablieren wäre. Wo familienfreundlich drauf steht, muss auch familienfreundlich drin sein.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 9

Antragsteller: DG Hannover

Betrifft: Installation von Defibrillatoren

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass in allen Revieren der Bundespolizeidirektionen Automatisierte Externe Defibrillator (AED) installiert und betrieben werden, wenn ein solches in einem unmittelbaren Umkreis der Dienststellen nicht ständig (keine 24 Stunden/Tag) zur Verfügung steht.

Begründung:

Unabhängig vom Alter, Geschlecht und der Lebensweise ist der plötzliche Herztod die häufigste Todesursache außerhalb von Krankenhäusern und sonstigen Kliniken. In Deutschland versterben ca. 80.000 -100.000 Menschen auf Grund des plötzlichen Herztodes.

Der Tod eines Betroffenen ist nur durch sofortige Reanimation möglich. Diese schnelle „Defibrillation“ ist bei einem plötzlichen Herztod somit entscheidend. Aus diesem Grund sind bereits in vielen Sportstätten und öffentlichen Einrichtungen sogenannte AED-Geräte/Defibrillatoren installiert. Defibrillatoren müssen mittels Strom oder Akkus betrieben werden. Die Anschaffung solcher ist mit Kosten ab 1.500.- € verbunden. Diese hohen Kosten sind der Grund, warum viele der Geräte unter Verschluss bzw. ständiger direkter Beobachtung stehen und oftmals ein Zugriff „rund um die Uhr“ nicht möglich ist.

Beispielsweise gehört der Defibrillator im Hauptbahnhof Hannover dazu. Das Gerät befindet sich in den Räumlichkeiten der Fa. Sanifair und ist somit nur zu den Öffnungszeiten verfügbar.

Von uns als Polizeibeamte wird jedoch erwartet, dass wir unabhängig von Öffnungszeiten handeln und somit versuchen Leben zu retten. Ein AED-Gerät ist dafür entscheidend. Auch wenn die rettungsdienstliche Versorgung ein schnelles Eingreifen der Rettungskräfte ermöglicht, zählt bei einem solchen Notfall jede Sekunde, um nicht nur dem Bürger zu helfen, sondern auch Kollegen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Annahme in geänderter Fassung ..., dass in allen Dienststellen der BPOL und des Zolls automatisierte Externe Defibrillatoren (AED) installiert und betrieben werden, wenn ein solcher in einem unmittelbaren Umkreis der Dienststellen nicht ständig (keine 24 Stunden/Tag) zur Verfügung steht.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag K 10

Antragsteller: DG Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Annahme in geänderter Fassung: ..., dass die Behörden bereits jetzt beginnt, E-Tankstellen (Ladestationen) in den Dienststellen zu installieren und deren Nutzung für die Beschäftigten freizugeben.

Betrifft: Ausbau E-Tankstellen

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass die Behörde bereits jetzt beginnt, E-Tankstellen (Ladestationen) in den Dienststellen(BPOLI`en) zu installieren.

Begründung:

Da der Umweltgedanke bei der Bundesregierung groß im Kurs steht, sollte auch die Bundespolizei hier ein Mitstreiter sein. Dies könnte ein aktiver Beitrag für den Erhalt der Umwelt sein! Bis die ersten dienstlichen E-Fahrzeuge kommen, könnte die E-Tankstelle auch für interessierte private Nutzer (Mitarbeiter) gegen Bezahlung offen stehen.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |